

1. Service 24 – aktueller Pannenfall
2. Österreich - Brenner Basistunnel auf dem Abstellgleis?
3. Österreich – Lkw-Brenner-Maut könnte steigen
4. Österreich – Pro und Contra Video-Abstandsmessung
5. Top-Trucker - Personalmanagement - Flexibel auf Schwankungen reagieren
6. Piraten – Was erfahren wir wirklich von den Medien?
7. Deutschland – Bußgeldkatalog neu
8. Deutschland – Mehr Verkehrskontrollen am "deutschen Eck"
9. International – Auflistung der Fahrverbote
10. EU – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit
11. Reifenangebot der Woche
12. Lucky boy in flying truck

1. Service 24 – aktueller Pannenfall



Service24 ist eine österreichische Notruf-Organisation mit europäischer Anbindung, die auf 27 Jahre Branchenerfahrung zurückgreifen kann. Neben der Vermittlung von technischen Hilfeleistungen (Pannenhilfe) für alle Fahrzeugarten bietet Service24 umfangreiche [Serviceleistungen](#) rund um die Mobilität.

Service24 bietet unter anderem auch Callcenter- und Customer-Care-Dienstleistungen rund um die Uhr an.

Jede Woche werden von Service 24 Austria rund 450 Pannenfälle abgewickelt. Wir ziehen einen aktuellen Fall heran, um Ihnen die Effizienz und das große Spektrum an Möglichkeiten von Service 24 vorzustellen:



Aktueller Fall

Service 24 unterstützt das Holländische Bundesheer

Ein kurioser Zwischenfall ereignete sich vergangene Woche am Truppenübungsplatz des österreichischen Bundesheeres in Wattens. Das holländische Bundesheer (Ministerie van Defensie) wollte in dieser Umgebung die Einsatzfähigkeit seiner Truppen bei winterlichen Verhältnissen testen. Dabei blieb ein Iveco Stralis (3 Achser mit WAP-Aufbau), der als mobile Einsatzzentrale fungierte, in ca. 50 cm tiefen Schnee stecken. Die Schneeketten, die das

Fahrzeug dabei hatte, konnten in dieser Situation nicht mehr angelegt werden und waren noch dazu falsch dimensioniert.

Der Gruppenleiter des Trupps kontaktierte gegen 19:30 Uhr Service 24 Notdienst GmbH!

Sofort wurde ein 4-Achse-Berge-und-Schlepp-LKW zum Pannenort gesendet. Der erfahrene Fahrer konnte mit großer Mühe zu dem stecken gebliebenen Fahrzeug vordringen und schaffte es binnen kurzer Zeit den LKW aus dem Schnee zu ziehen.

Da der Service 24 Partner, auch 2 paar passende Schneeketten bei sich hatte, wurden diese auch gleich montiert und die Soldaten konnten die Übung fortsetzen.

Hier zeigte sich wieder einmal die schnelle Reaktion von Service 24 und seinen kompetenten Partnern, die auch bei widrigsten Verhältnissen immer eine schnelle Lösung für Ihre Kunden bereit haben.

Ob dem Pannenfahrer auch ein Orden vom holländischen Militär verliehen wird, war bis zum Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

2. Österreich - Brenner Basistunnel auf dem Abstellgleis?

Da man von politisch verantwortlicher Seite allem Anschein nach darauf drängt, dass für den Brenner Basistunnel Steuergeld "locker vom Hocker" zur Verfügung gestellt wird, während der Bevölkerung in anderen Lebensbereichen ein "eisernes Sparpaket abverlangt" wird, erlaubt sich der "ArbeitsKreis FAHRGAST Tirol" auf einige höchst aktuelle FAKTEN hinzuweisen. An diesen FAKTEN werden auch SPÖ und ÖVP auf ihrer Regierungsklausur in Osttirol nicht vorbeikommen, wo neben anderen Vorhaben der Brenner Basistunnel zur Sprache kommen soll.

Es scheint wenig bekannt zu sein, dass die Bundesrepublik Deutschland, der Freistaat Bayern und die Schweizer Eidgenossenschaft Mitte Dezember 2008 eine politische Entscheidung getroffen haben, welche DEN BRENNER BASISTUNNEL ENDGÜLTIG AUF DAS ABSTELLGLEIS MANÖVRIEREN könnte. Unter dieser Rücksicht ist letztlich auch verständlich, warum der deutsche Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) derzeit IN ALLER RUHE für den gesamten Verkehrsraum München-Salzburg-Kufstein eine "Bedarfsplanüberprüfung" durchführen lässt, um feststellen zu können, ob eine neue Zulaufstrecke zum Brenner Basistunnel überhaupt notwendig ist. Erste Ergebnisse dieser "Bedarfsplanüberprüfung" dürften frühestens Ende 2009 / Anfang 2010 vorliegen.

Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil (FDP) und der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn Netz AG, Dr. Volker Kefer, haben am 19.12.2008 einen Finanzierungsvertrag für die durchgehende Elektrifizierung der Bahnstrecke von München über Geltendorf, Memmingen nach Lindau unterzeichnet (derzeit wird zwischen Geltendorf und Lindau noch im Dieselbetrieb gefahren). Diese Bahnstrecke ist Teil jener ALPENTRANSVERSALS, welche von MÜNCHEN durch den in Bau befindlichen Schweizer Gotthard-Basistunnel nach MAILAND führen wird. Die "Süddeutsche Zeitung" kommentierte den Sachverhalt bereits am 16.12.2008 mit "Die Strecke durch den Gotthard-Tunnel soll auch den alpenquerenden Güterverkehr nach Italien beschleunigen."

Die Gesamtkosten für die Elektrifizierung betragen voraussichtlich 210 Millionen Euro. Damit die Elektrifizierung so schnell wie möglich über die Bühne gehen kann - Baubeginn: 2010, Fertigstellung 2015 -, wird die Schweizer Eidgenossenschaft die Baumaßnahmen auf deutschem (!) Staatsgebiet mit 50 Millionen Euro kofinanzieren. Der Freistaat Bayern leistet eine Kofinanzierung in der Höhe von 55 Millionen Euro. Vom Bund in Berlin und aus Eigenmitteln der Deutschen Bahn kommen 105 Millionen Euro. Die Rückzahlung der Darlehen durch den Bund an die Schweiz und Bayern erfolgt bis 2030. Der Bund in Berlin hat den Finanzierungsvertrag mit der Deutschen Bahn am 18.12.2008 unterzeichnet. Die Schweizer Eidgenossenschaft wird den Finanzierungsvertrag mit der Deutschen Bahn in Kürze unterzeichnen.

Dass bei der Deutschen Bahn Netz AG neben der angesprochenen Elektrifizierung der Strecke Geltendorf - Lindau der AUSBAU DES RHEINKORRIDORS die HÖCHSTE PRIORITÄT hat, um so den Verkehr von und zu den Nordseehäfen als Zulauf zum Schweizer Gotthard-Basistunnel und Lötschberg Basistunnel zu ermöglichen, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Denn der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn Netz AG, Dr. Volker Kefer, hat sich zum prioritären Ausbau des Rheinkorridors in der Vergangenheit oft genug und sehr klar geäußert.

Die genannten Baumaßnahmen stellen sicher, dass Güterzüge hinkünftig gemäß dem PRINZIP DER KÜRZESTENEN WEGE nicht mehr den Umweg über den Brenner nehmen müssen, sondern über den kürzeren Weg durch die Schweiz in das italienische Industriedreieck Mailand/Turin/Genua fahren können. Denn Güterzüge fahren nicht irgendwohin, sondern sie bedienen Industriezentren.

Aufgrund dieser FAKTENLAGE könnte der Brenner Basistunnel nach Einschätzung des "Arbeitskreises FAHRGAST Tirol" ein Loch werden, welches zwar IM GELDBÖRSL DER STEUERZÄHLER/INNEN EIN GROSSES GEWICHT haben wird. DAS VERKEHRSPOLITISCHE GEWICHT dieses Lochs könnte dagegen RECHT KLEIN ausfallen. Es deutet einiges darauf hin, dass unser Steuergeld möglicherweise nur "in den Sand gesetzt" wird, weil der Brenner Basistunnel bereits auf dem verkehrspolitischen Abstellgleis steht. Deshalb sollte sowohl der Europäische als auch der Österreichische Rechnungshof die geplanten finanziellen Transaktionen für den Bau des Brenner Basistunnels vor dem Hintergrund der dargestellten FAKTENLAGE genauestens durchleuchten. Denn der Bau eines aus verkehrswissenschaftlicher Sicht überflüssigen Milliardenlochs entspricht sicher nicht den Prinzipien der SPARSAMKEIT (die eingesetzten Ressourcen werden zum richtigen

Zeitpunkt, in ausreichender Menge und angemessener Qualität sowie mit dem geringsten möglichen Kostenaufwand bereitgestellt) und der WIRTSCHAFTLICHKEIT (die zur Erreichung der Ziele bereitgestellten Ressourcen gewährleisten ein bestmögliches Input-Output-Verhältnis).

Rückfragehinweis: Martin Teißl, Sprecher des Arbeitskreises FAHRGAST Tirol, Pirchanger 73, 6130 Schwaz in Tirol, mailto:MartinTeissl@gmx.at, <http://www.fahrgast-tirol.at>

3. Österreich – Lkw-Brenner-Maut könnte steigen

Im EU-Parlament wird heute darüber abgestimmt, ob die Lkw-Maut weiter erhöht werden darf. Erstmals sollen in die Lkw-Maut auch Umweltkosten einberechnet werden. Zum Beispiel Lärm, und Luftverschmutzung, aber auch Staus.

Mehrheit für Erhöhung der Maut wahrscheinlich

Mit diesen neuen Berechnungen dürfte die Lkw-Maut über den Brenner noch weiter erhöht werden. Dort gibt es zwar jetzt schon einen Zuschlag, aber für diese sensible Alpenregion soll es eben jetzt noch weitere Zuschläge geben. Das war bis zuletzt umstritten. Im Ausschuss der EU-Parlaments dürfte es dafür heute aber eine Mehrheit geben. Um wieviel die Lkw-Maut über den Brenner damit steigen könnte, muss allerdings noch von Experten geprüft werden.

Das letzte Wort ist mit der heutigen Entscheidung aber noch nicht gefallen. Im März stimmt das Plenum des EU-Parlaments ab - und dann sind noch einmal die EU-Verkehrsminister am Zug.

Quelle: Ö1 Morgenjournal Mi 11.02.2009. <http://oe1.orf.at/inforadio/102289.html>

4. Österreich – Pro und Contra Video-Abstandsmessung

Laut Medienberichten wurde vom Verfassungsgerichtshof (VfGH) der Klage eines deutschen Autofahrers stattgegeben, der auf einer Tiroler Autobahn zu schnell und mit zu knappem Abstand unterwegs gewesen ist. Der Knackpunkt: Er wurde von einem videogestützten Verkehrskontroll-System (Geschwindigkeits- und Abstandsmessung) gefilmt. Diese Systeme seien verfassungswidrig, weil sie ohne gesetzliche Grundlage betrieben werden. Unter anderem sieht das Höchstgericht das Grundrecht auf Datenschutz verletzt, weil auf den Fotos Personen erkennbar sind.

"Diese Entscheidung zieht zweierlei nach sich: Zum einen muss das Parlament rasch eine ausreichende gesetzliche Grundlage für die Videoüberwachung schaffen. Daran wird im Zuge der 22. StVO-Novelle schon seit Frühjahr 2008 gearbeitet. Ein Beschluss scheiterte an der Auflösung des Nationalrates. Zum anderen hat die Erkenntnis aber auch unmittelbare Auswirkungen auf den Einsatz von Video-Messanlagen sowie auf laufende Strafverfahren", erläutert ÖAMTC-Jurist Martin Hoffer.

Das heißt im Detail:

- Die Polizei darf derzeit ihre mobilen Videomessanlagen nicht einsetzen. "Radargeräte, die von hinten blitzen, sind datenschutzrechtlich unbedenklich", erklärt Hoffer.
- Dass rechtskräftige aber noch nicht bezahlte Strafen vollstreckt werden, kann sich der ÖAMTC nicht vorstellen.
- Verfahren, die derzeit offen, also nicht rechtskräftig abgeschlossen sind, müssen eingestellt werden.
- "Ob Rückzahlungen der Strafen an bereits rechtskräftig bestrafte Autofahrer zu leisten sind, können wir erst nach einer genauen Prüfung der Entscheidungsbegründung beurteilen", so der ÖAMTC-Jurist.

Der VfGH setzt nach Meinung des ÖAMTC-Juristen mit dieser

Entscheidung konsequent seine Linie zur Wahrung der Datenschutzrechte

der Bürger fort. Die gleichen Grundsätze hat er bereits im Jahr 2007 bei der Prüfung der Section Control-Messung auf der A22 angewandt. Auch diesem Urteil soll die 22. StVO-Novelle Rechnung tragen. Der ÖAMTC begrüßt im Interesse der Verkehrssicherheit grundsätzlich moderne Methoden der Verkehrsüberwachung, sofern Grundrechte wie Datenschutz und ausreichendes Parteigehör gewahrt werden.

Einen Tipp gibt der Jurist noch an die Kraftfahrer: Die Entscheidung bedeutet keinen Freibrief für Rasen und Drängeln. Einerseits gilt es natürlich Unfälle zu vermeiden. Andererseits kann die Polizei - etwa mit Zivilstreifen - einschreiten, wenn der Sicherheitsabstand deutlich unterschritten wird. "Ob der

Abstand nur ein bis zwei Autolängen beträgt, kann ein geschulter Beamter problemlos schätzen. Teuer kann es also auch ohne Videoaufnahme werden", so der ÖAMTC-Jurist abschließend. ÖAMTC-Öffentlichkeitsarbeit, <http://www.oeamtc.at>

5. Top-Trucker - Personalmanagement - Flexibel auf Schwankungen reagieren

- Spezielle Dienstleistungen erleichtern das Stilllegen von Fahrzeugen
- Kostensenkungen ohne Entlassungen
- Gute Fahrer trotz Krise an das eigene Unternehmen binden

Das Online-Stellenportal Top-Trucker.de bietet drei neue Dienstleistungen, mit denen Transportunternehmen und Fuhrparkbetreiber ihren Personalbestand flexibel und kurzfristig an die aktuelle Auftragslage anpassen können. Die Kosten dafür können bis zu 100 Prozent von den Arbeitsagenturen gefördert werden.

In Zeiten einer sinkenden oder unsicheren Auftragslage gehören Fahrzeug-Stilllegungen oder der Aufschub geplanter Fuhrparkerweiterungen zu den Handlungsalternativen der Unternehmen. Entsprechend muss auch der Fahrerbestand angepasst werden, was in der Praxis an bekannte Grenzen stößt.

Bei der Anpassung des Fahrpersonalstandes und der Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen helfen jetzt drei neue Dienste des Onlineportals Top-Trucker.de

Fahrer und Fahrerinnen, die ein Unternehmen trotz Krise an sich binden will, können bis zu einem Jahr eine Weiterbildung bei zertifizierten Bildungsunternehmen absolvieren. Die Kosten dafür können von der Arbeitsagentur übernommen werden. Auch die Lohnkosten können gefördert und das Unternehmen damit von allen Personalkosten entlastet werden. Neben der Kostenersparnis ergeben sich auch Vorteile für das Betriebsklima, das vor belastenden Entlassungen oder Kurzarbeit verschont wird. Zieht die Auftragslage wieder an, kann das Unternehmen auf erfahrene und zusätzlich weiter gebildetes Personal zurückgreifen. Beratung, Antragsverfahren und Ausbildungspläne erledigen Weiterbildungs-Spezialisten im Rahmen eines kostenlosen Service.

Muss Fahrpersonal endgültig abgebaut werden, hilft ein weiterer neuer Service. Die Experten von Top-Trucker versuchen frühzeitig, den Transferkandidaten aus dem bestehenden Arbeitsverhältnis heraus Alternativarbeitsplätze anzubieten.

Dazu wird ein Leistungsprofil und eine detaillierte Bewerbungsunterlage erstellt und passenden Arbeitgebern aus der umfangreichen Unternehmensdatenbank von Top-Trucker vorgestellt. Ziel ist es, einen geordneten Übergang anstelle einer Kündigung oder Abfindungszahlungen zu erreichen. Auch diese Top-Trucker Leistung kann von den Arbeitsagenturen gefördert werden.

Zusätzlich hat Top-Trucker.de seine Zusammenarbeit mit Zeitarbeitsunternehmen intensiviert. Die Leihfahrer sind jetzt direkt auf dem Online-Stellenmarkt abrufbar. Geordnet und auffindbar nach Qualifikation und Erfahrung können Unternehmen jetzt gezielt den Fahrer oder die FahrerIn ordern, die ihren Anforderungen entspricht.

Die Chauffeure auf Zeit können zunächst im Rahmen einer zugelassenen Arbeitnehmerüberlassung in den Betrieb geholt werden. Im besten Fall ist bei positivem Geschäftsverlauf eine Übernahme möglich. Läuft es schlechter als erhofft, können Leihfahrer kurzfristig wieder herausgenommen werden. Dieses Wahlmodell gewährleistet den Unternehmen zusätzliche Beweglichkeit bei der Personalplanung und minimiert Kostenrisiken.

Top-Trucker, Josef-Knettel-Straße 49a, D-55411 Bingen, Phone: +49 6721-182-397, Fax: +49 6721-182-589, Mobile: +49 171-8919729

6. Piraten – Was erfahren wir wirklich von den Medien?

Blog von "[Alles Schall und Rauch](#)", 06.02.2009

An Hand eines Beispiels möchte ich euch zeigen, wie die Massenmedien die Tatsachen nur sehr eingeschränkt zeigen, damit wir nicht die ganze Wahrheit erfahren.

Wir haben gestern aus allen Medien vernommen, dass ein ukrainischer Frachter von somalischen Piraten gegen ein Lösegeld von 3.2 Millionen Dollar freigelassen wurde.

[Siehe zum Beispiel die Meldung des ZDF:](#)

„Der im Herbst gekaperte ukrainische Frachter mit Kampfpanzern an Bord ist wieder frei. Die somalischen Piraten haben für das Schiff mit den 33 Panzern an Bord ein Lösegeld von 3,2 Millionen Dollar erpresst.

Die Regierung in Kiew bestätigte, dass das vor rund vier Monaten gekaperte Schiff wieder frei ist. Die Besatzung des Schiffes sei wohlauf, teilte die ukrainische Präsidialverwaltung nach Angaben der Agentur Interfax mit. Der Frachter laufe nun mit Geleitschutz der US-Marine die Küste Kenias an. Die Piraten hatten die "MV Faina" am 24. September gekapert und ursprünglich 20 Millionen Dollar Lösegeld gefordert. Das Schiff hatte neben den Panzern des sowjetischen Typs T-72 weitere Militärausrüstung wie Granatwerfer und Munition an Bord. Ziel des Frachters war der Hafen im kenianischen Mombasa.“

So, was jetzt in dieser Meldung und allen anderen der sogenannten seriösen Medien über diesen Frachter fehlt, ist die Information: Wem gehört das Schiff, die Fracht von Panzern, Granatwerfern und Munition, und wer ist der Empfänger dieser Waffen?

[Bitte lesen Sie hier weiter](#)

<http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2009/02/wie-die-medien-die-tatsachen.html>

"Sagt der Zentralbanker zum Medienfürsten, du hältst sie dumm und ich mach sie arm."

Quelle:

Gepostet von Freeman am 6. Februar 2009

Weitere Kommentare zu diesem Beitrag:

<http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2009/02/wie-die-medien-die-tatsachen.html>

Eine weitere Meldung zum Thema "Piraten":

[Gaddafi tritt als Fürsprecher somalischer Piraten auf](#)

Nairobi. Der libysche Präsident und neue Vorsitzende der Afrikanischen Union (AU) hat die vor der somalischen Küste grassierende Seeräuberei verteidigt. Die kenianische Zeitung „Daily Nation“ berichtete am Freitag, Gaddafi habe die Piraten bei seinem Antrittsbesuch im AU-Hauptquartier in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba in Schutz genommen. Die Piraterie sei eine Art der Verteidigung gegen „gierige Nationen des Westens“, sagte er dem Bericht zufolge. „Es ist keine Piraterie, sondern Selbstverteidigung. Es ist eine Verteidigung des Essens der somalischen Kinder“, erklärte Gaddafi zu dem Millionengeschäft mit der Erpressung von Lösegeld für gekaperte Schiffe.

Erst am Donnerstag war nach vier Monaten ein mit 31 Kampfpanzern beladener ukrainischer Frachter gegen eine Millionensumme freigegeben worden. Derzeit haben somalische Piraten etwa ein Dutzend Schiffe in ihrer Gewalt, darunter auch den deutschen Frachter „Longchamps“. (dpa)

7. Deutschland – Bußgeldkatalog neu

Hier finden Sie die wichtigsten Auszüge aus dem aktuellen Verwarnungs- und Bußgeldkatalog 2009:

Deutscher Bußgeldkatalog allgemein: <http://www.bussgeldkataloge.de/>

Speziell für Lkw: www.lkw-recht.de

8. Deutschland – Mehr Verkehrskontrollen am "deutschen Eck"

In Deutschland, insbesondere am "deutschen Eck", werden derzeit vor allem österreichische Lkw verstärkt angehalten und kontrolliert.

Nach Rücksprache des BMVIT, Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie mit Deutschland, erfuhr man vom deutschen Kollegen Dr. Kühner, dass Verkehrszählungen und Erhebungen durchgeführt werden. Auslöser dafür ist der Umwegverkehr, verursacht durch das "sektorale Fahrverbot".

Bei den Kontrollen werden allerdings keine EU-Lizenzen - "spezielle Genehmigungen" (wie früher das Zählerkartensystem) verlangt. Sollte dies doch geschehen, wird gebeten den Fachverband [Güterbeförderung zu informieren](#).

Quelle: Fachverband Güterbeförderung

9. International – Auflistung der Fahrverbote

[HIER](#) erhalten Sie die Liste internationaler Fahrverbote 2009, zusammengestellt von AISÖ, DSLV, AIST.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Fahrverbote Informationszwecken dienen und keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

Die übersichtlich in einer Liste zusammengefassten, internationalen Fahrverbote stellen eine sehr nützliche und praktische Hilfe für Transportunternehmen, Speditionen und die verladende Wirtschaft bei der tagtäglichen Transportdisposition und Terminplanung dar.

Über kurzfristig erlassene Fahrverbote informiert die jeweilige Außenhandelsstelle.

Quelle: www.wko.at/stmk/transporteure

10. EU – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit

Leserbrief

Anno 1789 - also exakt vor 220 Jahren - machte die Französische Revolution dem schamlosen Treiben des hochmütigen Adels ein jähes Ende. Angesichts des Treibens des jetzigen europäischen Geld- und Polit-Adels bis hin zur selbst verursachten Weltwirtschaftskrise, der immer mehr forcierten Ausbildung von Häuser-Kampftruppen und der kürzlich kolportierten Aufstockung der Tränengasvorräte in den europäischen Metropolen stellt sich nun die berechnete Frage:

"Fürchten sich die europäischen Eliten bereits vor einer Neuauflage der Französischen Revolution?" Der Nährboden hierfür wird jedenfalls täglich fruchtbarer:

Die damals blutig erkämpfte FREIHEIT der Bürger im täglichen Leben wird immer mehr von EU-Vorschriften eingeengt: Altbrot-Verkaufsverbot, Holzschneidbrett-Verbot, Gastronomie-Rauchverbot, Überwachungsstaat, wochenlange Tierschützer-Einbuchung ohne Beweise etc.

Die damals ebenfalls errungene GLEICHHEIT vor dem Gesetz wird immer mehr verhöhnt:

500 Tage Beugehaft wegen notorischen Falschparkens, 100.000 Euro Strafe für 10 Jahre Eigenbedarfsimport von Zigaretten, Gehaltsabzüge wegen eines verlorenen ÖBB-Vierkantschlüssels, aber völlige Straffreiheit für ÖBB-Manager, die 613 Millionen Euro im Weltkasino verzockt haben etc.

Vor allem aber die BRÜDERLICHKEIT im Wirtschaftsleben wird immer mehr mit Füßen getreten:

Sinkendes Realeinkommen der unteren Schichten seit mehr als 30 Jahren, Selbsterhöhung ihrer Supergagen durch die EU-Parlamentarier, Widerstand der Staatsmilliarden einstreifenden Top-Manager gegen die Begrenzung ihrer Gagen mit 500.000 Euro pro Jahr etc. "Unsere Managerbezüge waren schon bisher recht bescheiden", lässt uns da z.B. der Sprecher der Volksbanken ausrichten. Denn 2007 mussten die fünf Vorstände dort mit weniger als zwei Millionen Euro auskommen.

Hochmut kommt vor dem Fall.

Das war 1789 so und wird auch 2009 oder 10 so kommen. Es sei denn, die europäischen Eliten springen jetzt sofort auf den bereits fahrenden "Obama-Zug" auf und schlagen mit ihm eine völlig neue Richtung ein. "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit müssen wiederhergestellt werden!", fordern die PIONIERE Österreichs von den Eliten Europas und werden selber vormachen, wie das gehen könnte. "Jetzt kann das Schlimmste vielleicht noch abgewendet werden, in ein paar Monaten ist es möglicherweise zu spät!" Auch deshalb muss der bereits in drei Volksabstimmungen abgelehnte EU-Vertrag endgültig begraben werden.

11. Reifenangebot der Woche



Marke: UNIROYAL

Dimension: 315 / 60 R 225
Typ: Uniroyal FH100, Lenkachse, Nah- und Fernverkehr

Jetzt um 251,55 Euro per Stk.
(solange der Vorrat reicht)

Bestellmöglichkeiten und weitere Angebote finden Sie auf www.truck.at unter der Rubrik Reifen oder telefonisch unter +43 3622/72 305

12. Lucky boy in flying truck



Unfreiwillig zum Stuntman wurde kürzlich ein Lkw-Fahrer auf der Autobahn A3 nahe Würzburg. Wegen Bauarbeiten wird der Verkehr auf der A3 bei Randersacker auf eine Ersatzbrücke umgeleitet.

Aus noch unbekanntem Grund Aus noch unbekanntem Gründen folgte der Sattelzugfahrer nicht der Umleitung, sondern durchbrach auf der abschüssigen Strecke die Baustellen-Absperrung und fuhr etwa 200 Meter weiter direkt auf die alte, zum Teil bereits abgerissene Brücke zu. Der Lkw rutschte in 16 Metern Höhe über eine wenige

Zentimeter breite Betonmauer und überquerte so einen 6 Meter breiten Spalt in der Fahrbahn. Dabei brach die Vorderachse. Der kam Lkw kam glücklicherweise auf einer Brückenplattform zu Stehen, wodurch ein Sturz in die Tiefe abgewehrt werden konnte.

Ob die Bremsen des Lasters nicht funktionierten oder der 46-Jährige unaufmerksam war, war zunächst noch ungeklärt.

Der Mann hatte Rösch zufolge bei dem Unfall großes Glück, denn Teile der Brücke seien bereits abgerissen worden, Stücke der Fahrbahn weggebrochen und die Standsicherheit des Bauwerkes erheblich beeinträchtigt. Obwohl etliche Betonplatten der Brücke fehlten, schaffte es der Sattelzug dank seiner enormen Geschwindigkeit, den etwa sechs Meter breiten Spalt zwischen zwei Platten zu überwinden - der 40-Tonner fuhr auf die schmale Betonmauer und überquerte so das sechs Mal acht Meter große Loch in der Fahrbahn.

Der Fahrer konnte allerdings nicht selbst Hilfe holen, weil er auf der Plattform festsaß. Polizisten, die wegen eines Pannenautos in der Nähe waren, entdeckten den 46-Jährigen. Der Mann wurde mit Hilfe eines Kranwagens der Feuerwehr von dem Brückenteil geholt.

Foto: ddp

Sehr geehrter Abonnent,

wir freuen uns, dass Sie Zeit gefunden haben unseren Newsletter zu lesen und wünschen Ihnen eine erfolgreiche Woche!

Falls Sie uns Ihren Kommentar zu einem unserer Artikel oder ein generelles Feedback schicken möchten, bitten wir Sie unser Team zu kontaktieren. Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung.

info@truck.at oder 0043 (0)3622 72313

Alle in diesem Jahr verschickten Newsletter können Sie in unserem [Newsletterarchiv](#) nachlesen.

Mit besten Grüßen

Ihr Truck.at Team

Für den Inhalt verantwortlich: Onlineportal Truck.at | Altaussee 22 | A-8992 Altaussee.

Falls Sie den Newsletter nicht mehr empfangen wollen, klicken Sie bitte [hier](#).

© Copyright Truck.at – Die Vervielfältigung – in Auszügen oder im Gesamten bedarf einer schriftlichen Genehmigung